

Eine neue Protestbewegung?

Belastungsproben von Demokratie in Zeiten der Krise

Am 01.08. und 29.08.2020 fanden in Berlin Großdemonstrationen statt. Über diese wird kontrovers diskutiert. Aufgerufen haben [Querdenken-711](#), eine Initiative aus Stuttgart. Auf der Homepage von Querdenken-711 ist das Grundgesetz abgebildet. Darunter steht:

„Wir sind Demokraten. Rechtsextremes, linksextremes, faschistisches, menschenverachtendes Gedankengut hat in unserer Bewegung keinen Platz. Gleiches gilt für jede Art von Gewalt.“

Wer versucht, sich ein eigenes Bild von den Demonstrationen zu machen und einige der zahlreichen Youtube-Videos studiert, wird sehen, dass gleichwohl auf beiden Demonstrationen sogenannte Reichsflaggen (schwarz-weiß-rot) zu sehen waren. Laut Aussagen von Michael Ballweg wurden diese Teilnehmer/innen gebeten, die Demonstration zu verlassen (29.08.). In dem Interview mit dem [Deutschlandfunk](#) wird Herr Ballweg auch gefragt, warum der frühere Fußballer Thomas Bertold auf der Demo sprach, obwohl er zuvor dem stark rechtslastigen Magazin „Compact“ ein Interview gegeben habe. Auch vertrete der Pressesprecher von Querdenken, Stephan Bergmann, die Ansicht, dass Deutschland kein souveräner Staat sei und damit eine Meinung, wie sie auch von sog. Reichsbürgern formuliert würde. Michael Ballweg hat sich von Nikolas Nerling inzwischen [per Youtube-Video](#) deutlich distanziert.

Was wollen die Demonstrierenden?

Die Beweggründe der Demonstrationsteilnehmer/innen, auf die Straße zu gehen, dürften vielfältig sein. Allen gemeinsam scheint die Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Pandemie. Im Vordergrund steht weniger eine Leugnung des Virus und der Krankheit, vielmehr werden die Einschränkungen des gesellschaftlichen und privaten Lebens abgelehnt. Sie seien nicht verhältnismäßig. Michael Ballweg im Interview: *„Es ist einfach das pauschale Kassieren von Grundrechten und insbesondere auch das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung.“*

Hintergründe zur Querdenken-Initiative sind in einem Artikel der [Berliner Zeitung](#) aufgeführt. Stimmen auf einer Demonstration in Stuttgart wurden in einem [Beitrag des SWR](#) festgehalten. Darin wird u.a. eine Teilnehmerin mit dem Satz zitiert: *„Ich habe mehr Angst vor der Zukunft als vor dem Virus.“* Zudem wird häufig ein Mangel an Pluralität in der öffentlichen Debatte und das Fehlen von Opposition gegen die Regierungsmaßnahmen beanstandet.

Was ist die Kritik an den Demonstrationen?

Querdenken-711 wird vor allem vorgeworfen, sich nicht eindeutig gegen „rechts“ abzugrenzen. In einem [Artikel des Tagesspiegel](#) sind diese Kritikpunkte detailliert zusammengetragen. Verwiesen wird unter anderem auf die Zusammenarbeit mit Akteuren, denen rechtes Gedankengut attestiert wird. Außerdem wird festgestellt, dass diese Fragen inzwischen die Aktiven bei Querdenken spaltet.

In zahlreichen Aufrufen zu Gegenveranstaltungen wurde vor Querdenken gewarnt, so von [„Aufstehen gegen Rassismus“](#): *„Die Köpfe von „Querdenken“ geben vor, das Grundgesetz gegen die staatliche Corona-Politik zu verteidigen. Doch weigern sie sich ausdrücklich, sich von extrem Rechten zu distanzieren. Reichsbürger werben sogar ungestört bei den bundesweiten „Querdenken“- und „Hygiene“-Demos für ein Referendum zur Abschaffung des Grundgesetzes.“* Der Aufruf zur Gegenkundgebung stand unter dem Motto: *„Solidarität! Statt Schulterschluss mit Nazis!“*

Kommentar und Thesen zur Demokratieentwicklung in Zeiten von Pandemie und Krise

Die Demonstrationen haben zu Recht ein großes mediales Echo hervorgerufen. Besonders der Umstand, dass Menschen mit Reichsfahnen die Treppen zum Reichstag hinaufliefen, löste nicht nur in Deutschland ein breites Entsetzen aus. Vielfach wurden diese Bilder allerdings mit der Großdemonstration von Querdenken in eins gesetzt. Dabei hätten die Journalist/innen und Politiker/innen sich kundig machen können.

Die Demonstration am Reichstag wurde von Rüdiger Hoffmann angemeldet. Dazu stand in der [Berliner Morgenpost](#):

"Wie konnte das geschehen? Die Demonstration vor dem Reichstagsgebäude war – anders als die große Kundgebung an der Siegessäule und der aufgelöste Aufzug an der Friedrichstraße - nicht von der Initiative ‚Querdenken‘ angemeldet worden. Als Anmelder fungierte nach Informationen der Berliner Morgenpost vielmehr eine Einzelperson namens Rüdiger Hoffmann. Hoffmann war einst in der Neonazi-Partei NPD aktiv. Dann gründete er das Projekt ‚staatenlos.info‘. Der Verfassungsschutz rechnet die Gruppierung der Reichsbürger-Szene zu. Ihre Anhänger erkennen demnach nicht die deutsche Rechtsordnung an und sie leugnen die staatliche Souveränität der Bundesrepublik."

Auch in der [entsprechenden Polizeimeldung](#) ist von unterschiedlichen Demonstrationen die Rede. Rüdiger Hoffmann versuchte seit 2011 mehrfach eine Erstürmung des Reichstags. Die [Wochenzeitung Die Zeit](#) vermutet, dass Polizei und Verfassungsschutz von der geplanten Aktion sogar wussten. Auch der Berliner [Innensenator Geisel](#). Das ist pikant. Denn er wird mit diesen Worten zitiert:

„Ich bin nicht bereit ein zweites Mal hinzunehmen, dass Berlin als Bühne für Corona-Leugner, Reichsbürger und Rechtsextremisten missbraucht wird. Ich erwarte eine klare Abgrenzung aller Demokratinnen und Demokraten gegenüber denjenigen, die unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Meinungsfreiheit unser System verächtlich machen.“

Es fällt sowohl bei den Querdenkern als auch bei denen, die sie kritisieren ein Mangel an **programmatischen Äußerungen** auf. Die Positionen der Kritiker erschöpfen sich in Etikettierungen und Vorwürfen der Rechtslastigkeit. Sie werden damit der Heterogenität der Teilnehmer/innen nicht gerecht. Auch wird man die Motivlagen der Querdenker nicht verstehen, wenn man sich nicht mit deren Inhalten, der Kritik an den Corona-Maßnahmen, befasst. Die Idee der Querdenker wiederum, mit einem Camp eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, nach Artikel 146 GG eine neue Verfassung zu beschließen und danach in einer besseren Welt zu leben, erscheint gelinde gesagt unterkomplex. Bemerkenswert sind andererseits die durchaus zahlreichen Verweise auf die friedliche Revolution von 1989. Diese sei zu vollenden, so wurde es mehrfach gefordert.

An beiden Querdenken-Demonstrationen nahmen Menschen teil, die mehrheitlich zur **unteren und mittleren Mittelschicht** gerechnet werden können. Der Protest wird daher aus der „Mitte der Gesellschaft“ artikuliert. Das macht ihn so brisant. An der Demonstration am 01.08.20 nahmen nach eigenem Bekunden viele Menschen teil, die noch nie für ein Anliegen auf die Straße gegangen sind. Zwischen ihnen und Akteuren etwa der Antifa gibt es nicht nur erhebliche Meinungsunterschiede. Es trennen sie auch unterschiedliche **soziale Codes**, Werte, Einstellungen, Lebenswelten und soziale Bezüge. Demonstrationen wie diese böten die Chance, ins Gespräch zu kommen und Lernerfahrungen zu machen. Man muss sich ja nicht identifizieren und die Meinung einer/eines anderen gleich übernehmen.

Es gibt ein **Bedürfnis nach Orientierung** und nach Erklärungen 'der Welt', gerade in Zeiten von Umbrüchen und Krisen. Menschen nehmen dabei vielfach Bezug auf Interpretationsangebote, die sie im öffentlichen Diskurs vorfinden. Wenn Demonstrationsteilnehmer/innen vorgeworfen wird, wahlweise „esoterisch“, „naiv“,

„verschwörungstheoretisch“ oder „rechts“ zu sein, dann hat dies ganz sicher einen sachlichen Kern. Zu bedenken ist aber auch, dass viele Bürger/innen sich mit ihren Wahrnehmungen in den gängigen Deutungsangeboten nicht wiederfinden. Die Wut sitzt offenbar tief; tiefer als sie durch eine Pandemie ausgelöst werden kann. Dafür gibt es mehrere Gründe, unter anderem ein über Jahre entstandener Vertrauensverlust in politische Institutionen und Politiker/innen. Zudem zeigen allzu schlichte Sichtweisen, mit denen andere Menschen wie Bevölkerungsgruppen herabgesetzt werden, Defizite in der politischen Kultur und der politischen Bildung an – so schmerzlich diese Einsicht auch sein mag.

Ohne Opposition keine Demokratie. Keine Balance of Power ohne Gegenmacht. Das gilt erst recht in Krisen. Dies zu akzeptieren könnte das Moment der Toleranz stärken und den Kämpfen um Deutungshoheit ihre Schärfe nehmen. Der Austausch könnte eher auf Argumente konzentriert werden, die Energien müssten nicht in einem Anti-Dialog der Ab- und Ausgrenzung verschlissen werden, wie dies momentan vor allem geschieht. Schließlich kennt die Bundesrepublik das Phänomen der Protestbewegung zu gut. So waren es die 1968er und Aktive in den Sozialen Bewegungen der 1970/80er Jahre, die in die westdeutsche Gesellschaft eine gewisse Demokratiedynamik brachten. Wenn Querdenker/innen heute auf dem Grundgesetz bestehen, so sollte man sie in diesem Sinne am besten beim Wort nehmen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass in Krisen für gewöhnlich die **Machtverhältnisse** neu sortiert werden. So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland die Soziale Marktwirtschaft eingeführt, im Osten der Staatssozialismus. Für die frühe Neuzeit beschreibt der Philosoph und Historiker Michel Foucault in seinem Buch „Überwachen und Strafen“, wie sich mit der Bekämpfung der Pest neue Techniken der Disziplinierung und Überwachung herausbildeten. „... so träumten die Regierenden vom Pestzustand, um die perfekten Disziplinen funktionieren zu lassen.“ (M. Foucault) Die forcierte Digitalisierung der Gegenwart könnte den Bürger/innen buchstäblich über den Kopf wachsen, wenn dabei nicht um deren Demokratieerträglichkeit gerungen wird. Überlegungen zum direkten Zusammenspiel von Mensch und Maschine gibt es seit spätestens Mitte der 1990er Jahre. Und auf der Seite des Weltwirtschaftsforum wurde im Juli 2020 die Studie zum „[Internet of Bodies](#)“ veröffentlicht, gleichsam einer Weiterentwicklung des Internet of Things. Das lässt sich kaum unter Verschwörungserzählung subsumieren. Aber es verspricht Daten, das 'Gold' der digitalen Ära.

Es könnte auch sein, dass wir erst am Beginn einer größeren Welle von gleichzeitig verlaufenden **Erschütterungen** stehen. Bislang wird die Corona-Krise eher unter gesundheitlichen Aspekten diskutiert. Die Wirtschaftskrise – die bereits 2019 mit der einsetzenden Rezession ihren Anfang nahm – wird in Deutschland erst noch spürbar werden. Wirtschaftskriege, Ressourcenkriege, der Kampf um Absatzmärkte, Klimawandel, die Kluft zwischen Arm und Reich, Instabilitäten des Finanzsystems, Steuerskandale u.v.a.m. werden gesellschaftliche Spaltungen weiter verstärken, wenn Konflikte von Meinungen und Interessen in den Arenen der öffentlichen Debatte nicht offen artikuliert werden und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird.

Was sich nach den Proteste immerhin beobachten lässt, ist eine gewisse Pluralisierung der Debatte. Beispielhaft steht hier der Artikel vom 01.09.2020 in der [Neuen Züricher Zeitung](#) „Kollabierte Kommunikation. Was, wenn am Ende 'die Covidioten' recht haben?“ Recht freimütig heißt es da:

„Das Virus entfaltet eine ungeahnte Nebenwirkung: Es befällt das Denkvermögen. [...]

Die Statistik gibt gerade den «Covidioten» recht: Sowohl die Zahl der Hospitalisationen als auch jene der Todesfälle geht in allen europäischen Ländern seit Wochen zurück. Gegenüber den Peaks im April haben sich seit Juli die Covid-Todesfälle in den meisten europäischen Ländern auf sehr niedrigem Niveau stabilisiert. Seit Mitte Juni ist in der

Schweiz die Zahl der Todesfälle höchstens einstellig, an den meisten Tagen starb seither niemand mehr an (bzw. mit) Covid. Das Lockdown-abtrünnige Schweden hatte am 15. April einen Peak von 115 Corona-Toten zu vermelden. Diese Zahl ist seit dem 20. Juli einstellig, seit dem 23. August bei null. Wer aufbauend auf diesen Zahlen jetzt eine Impfpflicht oder mögliche weitere Lockdowns diskutiert, ist, pardon, selbst nicht ganz bei Trost.“

Mehr Demokratie e.V. richtete gemeinsam mit dem BUND, dem Bund der Steuerzahler und foodwatch einen [Offenen Brief an den Bundestag](#). Die Corona-Krise müsse aufgearbeitet werden. Dies könne durch eine Parlamentskommission des Bundestages erfolgen; die Ergebnisse würden einem losbasierten Bürgerrat vorgelegt werden. Alternativ sei eine Enquete-Kommission oder ein Untersuchungsausschuss einzurichten.

Damit würden Forderungen der Protestbewegung aufgenommen – und ins Parlament getragen. Dem Hort der repräsentativen Demokratie.

Sophia Bickhardt, weltgewandt e.V.